

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Rainer Wimmer  
Genossinnen und Genossen

### **betreffend Beteiligung der Republik Österreich an der AUA**

eingbracht im Zuge der Debatte zu TOP 1 Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Abs. 2 GOG-NR zur aktuellen Situation

### **Begründung**

In der Finanzkrise vor gut 10 Jahren spannte Österreich einen 100-Milliarden-Euro-Schutzschirm über die heimischen Banken. Man gewährte den Banken dabei sogenanntes Partizipationskapital. Damit war die Republik nicht Miteigentümer an den Banken, sondern erhielt für die Rettung bloß eine fixe Verzinsung. Als die Banken gerettet waren, stiegen die Aktienkurse wieder kräftig. Hätte sich die Republik damals an den Banken beteiligt, hätte der Staat Milliarden an Euro beim Wiederverkauf ihrer Anteile erhalten. Geld, das wir jetzt in der Corona-Krise dringend brauchen würden. Stattdessen lief es so wie immer: Gewinne wurden nach der Krise privatisiert, Verluste sozialisiert. Insgesamt kostete die Republik die Bankenrettung rund 12 bis 15 Milliarden Euro.

Für Finanzhilfen in einem größeren Ausmaß (z.B.: ab 100 Millionen Euro) sollte man einen Corona-Beteiligungsfonds gründen und einen Teil des Nothilfefonds von 15 Milliarden Euro dafür bereitstellen. Diesen Weg gehen bereits Deutschland, aber auch die Stadt Wien gemeinsam mit der WKÖ Wien.

### **Warum?**

- Weil im Zweifel nach dem Motto „Koste es, was es wolle“ große, systemrelevante Unternehmen jedenfalls gerettet und durch die Krise gebracht werden sollen, um Arbeitsplätze zu erhalten.
- Weil wir nicht wollen, dass Gewinne in guten Zeiten privatisiert werden, in schlechten Zeiten die Verluste der Unternehmen von der Allgemeinheit (Republik) getragen werden und die Republik dann nicht einmal von der Wertsteigerung der Unternehmen nach der Krise profitieren kann.
- Weil auch die Deutschen diesen Weg beschreiten: In Deutschland wurde ein milliardenschwerer Beteiligungsfonds gegründet, der es Deutschland ermöglicht, sich an Unternehmen zu beteiligen. Der konservative Wirtschaftsminister Peter Altmaier dazu im Spiegel: „keine Zeit für ideologische Debatten“.

### **Beginnen wir mit der AUA:**

Wir unterstützen die Rettung der AUA, aber eine Standortgarantie (die leider zumeist ein recht rasches Ablaufdatum hat) reicht hier nicht aus. Es kann nicht sein, dass Österreich jetzt die AUA mit zinslosen Krediten rettet, die AUA dadurch gut durch die Krise kommt, sich neu aufstellen kann und die Gewinne in zwei, drei Jahren darauf ausschließlich an die Lufthansa und andere

Aktionäre gehen. Nein – die Republik soll sich an der AUA bzw. Lufthansa beteiligen. Durch eine aktive Beteiligung der Republik könnten zudem auch Umweltinteressen in der mittelfristigen Unternehmensstrategie eine stärkere Berücksichtigung finden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

*„Die Bundesregierung wird aufgefordert im Zuge der Rettung der AUA eine Beteiligung der Republik anzustreben, um damit Arbeitsplätze sowie den Standort Wien/Schwechat auch mittel- und langfristig abzusichern“.*

G. Heunisch-Hosel  
Stopy  
K  
A

